

Kampfblatt für Sommer, Palmen, Sonnenschein // Nr. 3 // Juli 2005

Infoladen »Fusion« in Berlin eröffnet

In Kreuzberg gibt es seit Mai 2005 einen neuen Laden. Das Kollektiv aus drei linken Gruppen, stellt dort seine Publikationen vor und organisiert Veranstaltungen. Tagsüber nutzt der Antifaversand Red Stuff und »lucha amada« den Laden. Den Betreibern des Fusion ist es wichtig, eine Anlaufstelle für Interessierte zu bieten. Es gibt viele Broschüren, Shirts und Musik sowie kostenlose Infos zu Themen wie Internationalismus, Antifaschismus und Sozialpolitik.

◆ »Fusion«, Skalitzer Strasse 67, 10997 Kreuzberg
Öffnungszeiten:
Do. & Fr. 12-19 Uhr und Sa. 12-16 Uhr

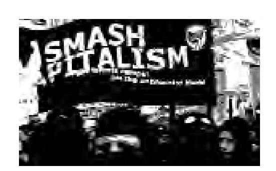
Der Antiberliner geht online

Ihr haltet nun die dritte Ausgabe des Antiberliners in der Hand. Bisher war jede Ausgabe in kürzester Zeit vergriffen. Für die, die zu spät mitbekommen haben, dass es uns gibt, erschließt sich demnächst die Möglichkeit, uns über eine Homepage zu lesen und als pdf-Dokument runterzuladen.

◆ www.antiberliner.de

Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Schwarzfahren, klauen, über Zäune klettern

Auf dem Badeschiff in Treptow herrscht Hochbetrieb. Bei strahlendem Sonnenschein braten die Anwesenden in der Sonne und entspannen sich. Plötzlich ertönen Piratenlieder. Eine Gruppe pirscht sich auf Schlauchbooten über die Spree heran, entert den Kahn und springt in den kühlen Pool. Nach einer Weile steigen die »Spree-Piraten« wieder in ihre Boote und paddeln weg. Das war letzten Sommer. »Berlin umsonst« heißt die Kampagne, die sich auch in diesem Jahr unter anderem gegen hohe Eintrittspreise der Berliner Bäder wehrt und ein Leben zum Nulltarif fordert. Der Antiberliner sprach mit einem der Initiatoren.



»Berlin umsonst« bei Studentenprotesten in Berlin-Mitte

Wie entstand die Kampagne »Berlin umsonst«? Was war die Ausgangsidee?

Vor zwei Jahren wollten wir als linke Gruppe etwas zum Thema Sozialproteste machen. Mit offensiven Aktionen wollten wir mit der Kampagne »Berlin umsonst« zeigen, dass Menschen ihren Anspruch auf ein schönes Leben einfordern und sich Sachen, die sie haben möchten, einfach nehmen können. Viele Leute haben zur Zeit weniger Geld zur Verfügung, und die Lebenshaltungskosten steigen. Auch die Schwimmbäder beispielweise haben ihre Eintrittspreise in den vergangenen drei Jahren fast verdoppelt. Ärmere Menschen können sich damit das Freibad im Sommer nicht mehr leisten. Ein Rückgang der Schwimmbadbesucher ist schon registriert worden.

Wie sehen eure Aktionen aus?

Wir greifen Dinge auf, die sowieso passieren. Es klettern zum Beispiel immer wieder Leute über den Zaun, um kostenlos ins Schwimmbad zu gelangen. Wir wollten aber, dass unsere Aktionen sichtbar sind, und haben uns daher dafür entschieden, kollektiv zu den Bädern zu gehen. Anlässlich der Erhöhung der Eintrittspreise im Kreuzberger Prinzenbad haben wir daher als Gruppe mit Badesachen und Schildern gewappnet versucht, zunächst dort umsonst reinzukommen.

Kurz darauf enterten wir als »Spree-Piraten« das Badeschiff. Die Besucher des Badeschiffes, fanden unseren »Überfall« übrigens lustig. Die Betreiber natürlich weniger. Sie konnten aber nichts gegen uns unternehmen, da wir schnell in das Becken gesprungen sind und sie uns nicht mehr von den zahlenden Badegästen unterscheiden konnten.

Was wollt ihr mit der Kampagne erreichen?

Die »Berlin umsonst«-Kampagne geht über die Forderung nach kostenlosem Baden hinaus. Wir haben etwa häufig Schwarzfahraktionen gegen die überteuerten Ticket-Preise organisiert. Dabei sind wir in organisierten Gruppen schwarz U-Bahn gefahren. Das hat ganz gut geklappt. Unsere Ansprüche beziehen sich aber nicht nur auf ehemals öffentliche Leistungen. Im vergangenen Jahr versuchten wir zum Beispiel auch, kostenlos in die MOMA-Ausstellung zu kommen. Im Winter haben wir in einem Kaufhaus am Ku'damm einen Weihnachtsbaum mit Süßigkeiten aus dem Sortiment geschmückt und ihn anschließend draußen der Allgemeinheit übergeben.

Am Anfang haben wir es uns allerdings etwas leicht gemacht. Weil wir immer Sachen aufgreifen, die Leute sowieso machen – wie Schwarzfahren, klauen, im Schwimmbad über den Zaun klettern – und diese aber öffentlich politisch vertreten, haben wir auf Nachahmungseffekte gehofft. Wer diese Dinge allerdings alltäglich tut, macht sie heimlich. Es gibt für die Leute keinen Anreiz, eine politische Aktion daraus zu machen. Daher wurde aus den organisierten Aktionen auch kein Selbstläufer. Wir haben später daraus unsere Schlussfolgerungen gezogen.

Was plant ihr in diesem Jahr?

Wir haben festgestellt, dass unsere Aktionen in der Vergangenheit eher Eventcharakter hatten, wir aber oft in unseren eigenen Kreisen geblieben sind. Eine Einrichtung zu stürmen, setzt eben einen hohen Grad an Organisation voraus. Wir versuchen daher jetzt Aktionen vorzubereiten, die täglich machbar sind. Dazu gehört die »Pinke-Punkt-Kampagne«. Es ist ein Versuch, das Schwarzfahren zu institutionalisieren. Anlass ist die vorübergehende Abschaffung der Semestertickets an der Freien Universität (FU). Da relativ viele Studierende täglich in die gleiche Richtung fahren müssen, können sie sich mit einem Pinken Punkt zu erkennen geben und mit Gleichgesinnten gemeinsam umsonst zur Uni beziehungsweise nach Hause fahren. Wir haben schon festgestellt, dass es in organisierten Gruppen durchaus möglich ist, die Kontrolleure abzuwimmeln oder gemeinsam wegzugehen. Natürlich werden wir bei besserem Wetter auch wieder umsonst baden gehen.

◆ Infos im Internet: www.berlin-umsonst.tk

Kommentar

Eine kleine Farbenlehre

Im Herbst haben deutsche »Staatsbürger« wieder die Wahl: Schwarz, Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder doch lieber Schwarz-Rot? Abgesehen von den Farbmustern halten sich die Unterschiede der politischen Konstellationen eher in Grenzen.

Wirtschaftsliberalisierung, Atomenergie, Krieg – so könnte man die Unionsvorhaben im Falle eines Wahlsieges kurz beschreiben. Denn eine Bundeskanzlerin Angela Merkel wird weitere Arbeitnehmerrechte abbauen – Stichwort: Kündigungsschutz – und die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern. Außenpolitisch strebt die CDU-Frontfrau ein engeres Verhältnis zu den USA an. Deutsche Soldaten im Irak soll es dabei angeblich nicht geben ... Eine CDU-Regierung bedeutet übrigens auch für viele im Zuge des »Aufstands der Anständigen« geförderte linke Projekte das Aus.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Ein Innenminister Günther Beckstein (CSU) dürfte Hardliner Otto Schily (SPD) mit seinen Anti-Terror-Paketen und Inneren-Sicherheits-Maßnahmen kaum toppen. Für die Linke bietet eine CDU-geführte Bundesregierung eine größere Angriffsfläche. Trotz massiver sozialer Einschränkungen durch die Hartz-Reformen hat sich bei Rot-Grün bisher eine Protestbewegung nur ansatzweise gebildet. Sitzt die Union auf der Regierungsbank, ist das Feindbild offenbar deutlicher. Das ist sogar Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) klar, wenn er im Nachrichtenmagazin *Spiegel* vorhersagt: »Wir werden Demonstrationen haben wie zur Zeit der Nachrüstung.«



Schily oder Beckstein – im Herbst gibts die Wahl

Zieht das neue Linksbündnis Demokratische Linke.PDS mit den »Politstars« Oskar Lafontaine und Gregor Gysi mit mehr als fünf Prozent der Stimmen wohl in den Bundestag, ist der Traum vom alleinigen Regieren für Merkel und Co. ausgeträumt. Dann wird sich die FDP als Koalitionspartner andienen. Die CDU könnte aber auch zu einer großen Koalition mit der SPD gezwungen sein. In den Kernthemen Arbeit, Wirtschaft und Sicherheit dürften sich die beiden Parteien durchaus einigen können. Die Folge ist die Fortsetzung des bisherigen Kurses in verschärfter Form.

Rot-Grün kündigt im Wahlkampf ebenfalls schon die Fortsetzung der »sozial orientierten Reformpolitik« an. Welche Abstriche im Sozialsystem diese vielen als »kleineres Übel« angesehene Koalition fordert, hat jeder in den vergangenen Jahren erfahren. Aber auch die Linke erfuhr in dieser Zeit eine deutliche Schwächung. Zentrale Themen wie Antifaschismus und Antirassismus wurden von Regierungsseite mit dem geheuchelten »Aufstand der Anständigen« besetzt. Gewerkschaften erlebten während Rot-Grün - bei dem von der IG Metall organisierten Streik um die 35-Stunden-Woche in Ost-Deutschland im Juni 2003 – eine ihrer größten Niederlagen in der Nachkriegszeit.

Als Opposition im Bundestag ist das neue Konstrukt Demokratische Linke. PDS sicherlich ganz brauchbar. Darüber hinaus könnten die vermeintlichen Hoffnungsträger aber schnell zu einer Enttäuschung werden. Die PDS hat in Berlin, kaum war sie in der Regierungsverantwortung, prompt gezeigt, dass auch sie zu massiven Kürzungen im Sozialbereich fähig ist.

Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Summer in the city«

Unter den Fahrradreifen knirschen die Glasscherben, über dem Görlitzer Park hängen schwarze Rauchschwaden, die Mülleimer quellen über, in der U-Bahn kleben mittags die verschwitzen Körper aneinander, der Beton atmet warmen Dampf aus und es stinkt nach Hundescheiße.

In Berlin weiß man dank dieser vielfältigen Sinneseindrücke immer, wann Sommer ist, auch wenn die Sonne kaum scheint. Doch das könnte sich bald ändern, denn Ordnungsamt und Kiezbullen wollen uns unseren Sommer nehmen. Mit vereinten Kräften und Ein-Euro-Jobs wird jetzt für Ruhe und Ordnung gesorgt.

Wenn man schon nicht weiß, wie man seine nächste Monatsmiete zahlen soll, den Hartz-IV-Antrag ausfüllt und ob einen die Agentur für Arbeit im nächsten Monat vielleicht zum Arbeiten nach Baden-Württemberg schickt, kann man sich in jedem Fall darauf verlassen, dass niemand ungestraft auf dem Bürgersteig Fahrrad fährt, das kostet jetzt nämlich 50,- Euro Bußgeld. Kiezbullen laufen im Interesse der Inneren Sicherheit Streife und kontrollieren, ob auch niemand unerlaubter Weise Blumen in ein öffentliches Beet gepflanzt hat.

Die Krönung des Ganzen ist die neueste Idee, mit der gegen die Hundescheiße auf den Gehwegen vorgegangen werden soll. In nicht allzu ferner Zukunft will das Ordnungsamt DNA-Dateien von Hunden anlegen. Dann werden aus der Scheiße Proben entnommen und der jeweilige Hund mit dem dazugehörigen Besitzer ermittelt. Der muss dann die Rechnung fürs Entfernen der Kacke zahlen.

Aber so einfach geht das nicht. Die soziale und finanzielle Unsicherheit wird nicht verschwinden, wenn man Hundescheiße einsammelt und die Wiesen müllfrei hält. Da bin ich mir sicher!

Ich sage, jetzt erst recht. Pflanzt Blumen, was das Zeug hält und grillt soviel ihr könnt, dass soll im Übrigen auch gegen soziale Isolation helfen!

Gedanken von der Straße zur Wahl

◆ »... Ich hab keinen Bock, ständig von Takatukaland zu faseln und den linken Gigantismus der Linken vor mir her zu tragen ...«

◆ »... Schmeißt gefälligst die ewige Autonomenlüge von »Wahlen ändern nix« weg. Sie stimmt nicht. Es gibt in Deutschland kein Ereignis, welches mehr Veränderung mit sich bringt als Bundestagswahlen ...«

◆ »... Ich finde ja, dass einer Protestbewegung fast nichts besseres als ein große Koalition passieren könnte ...«

◆ »... Das Projekt Linkspartei wird nur dann Erfolg haben, wenn es eine außerparlamentarische Linke gibt, die ihr immer wieder klar macht, dass es um mehr geht; darin sehe ich vor allem unsere Aufgabe ...«

◆ »... Unter der SPD haben wir zwar beim Fußball nix gerissen, sind aber immerhin 2003 Exportweltmeister geworden...«

◆ »... Linke Parteien sollten das Parlament als Bühne nutzen, um diesen parlamentarischen Betrieb als Laberbude vorzuführen ...«

◆ »... WASG/PDS ist doch nur die neue Sozialdemokratie ...«

◆ »... Ich finde es ist längst an der Zeit den ganzen verdammten Laden, den scheiss Kapitalismus offensiv anzugehen ...«

◆ »... Ich werde nicht wählen gehen, Sonntags ist immer Flohmarkt auf dem Boxi ...«

◆ » ... Anarchie ist machbar, Herr Nachbar ...«

Reform-Revolution in Venezuela

»Es ist nichts anderes möglich« – das ist die Leier, die wir täglich zu hören bekommen, wenn Sozialkürzungen, Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungswesen oder die Verteuerung des öffentlichen Nahverkehrs gerechtfertigt werden sollen. Neoliberalismus sei zwar nicht schön, so der Tenor der Regierenden von SPD/PDS bis CDU, doch zur Kürzungspolitik gebe es keine Alternative, wenn man konkurrenzfähig bleiben wolle.

In vielen Teilen Lateinamerikas wird genau das in Frage gestellt. Am weitesten geht der Widerstand gegen das globale neoliberale Umverteilungsprojekt in Venezuela, wo seit 1998 eine Linksregierung im Amt ist. Die Liste der Veränderungen ist beeindruckend: Mehrere Millionen Menschen nehmen an staatlich finanzierten Alphabetisierungs- und Weiterbildungsprogrammen teil. 180.000 Venezolaner, die meisten von ihnen Bewohner von Armenvierteln, erhalten Stipendien, um eine Berufsausbildung machen zu können. Die Regierung fördert die Gründung von Landwirtschafts- und Produktionskooperativen, hat ein flächendeckendes Netz von Ganztagsschulen und in den Armenvierteln Tausende von Gesundheitsposten eingerichtet. Außerdem sind zahlreiche sogenannte Clínicas Populares, kleine Polikliniken, errichtet worden, in staatlich subventionierten Supermärkten werden Lebensmittel zu Niedrigpreisen angeboten, und im Rahmen einer Agrarreform ist Grund und Boden an 200.000 Familien verteilt worden. Kleinbauern erhalten billige Kredite und technische Betreuung, es gibt ein groß angelegtes Wohnungsbauprogramm, und Kinder aus einkommensschwachen Familien werden gefördert, um an neu gegründeten Universitäten zu studieren.

Und die Reformen zielen nicht nur darauf ab, die materiellen Lebensbedingungen der Venezolaner zu verbessern, sondern sollen auch die Demokratisierung der Gesellschaft fördern. So erhalten alternative Stadtteilradios leichter als früher Frequenzen und technische Ausrüstung, über die Verwendung der kommunalen Haushalte entscheidet die Bevölkerung direkt mit, und nicht zuletzt sind auch die staatlichen Sozialprogramme so angelegt, dass die Bevölkerung sich aktiv einbringt. Der Staat stellt zwar Materialien für die Bildungsprogramme zur Verfügung, doch die Nachbarschaften müssen den Unterricht selbst organisieren. Ganz ähnlich auch in den Gesundheitsprogrammen: Die Regierung zahlt das Gehalt der Ärzte und den Bau von Gesundheitsposten, doch für das tägliche Funktionieren der Arztpraxen müssen die Bewohner der Armenviertel selbst sorgen.

Zusammenbruch der Parteienpolitik

Wieso wird in Venezuela eine ganz andere Politik gemacht als im Rest der Welt? In den europäischen Medien wird die Situation – wenn überhaupt über das südamerikanische Land gesprochen wird – auf die Person von Präsident Hugo Chávez reduziert. Der Ex-Militär, der seit 1998 sieben Volksabstimmungen, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gewann, hatte 1992 versucht, gegen den damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez zu putschen. Chávez scheiterte und kam für mehrere Jahre ins Gefängnis. Seitdem gilt er den einen als Uniform tragender Populist, den anderen als Hoffnungsträger für Veränderungen in ganz Lateinamerika. Doch allein mit der Person Chávez kann man die Entwicklungen in dem südamerikanischen Land kaum erklären.

Venezuela kam erst in den 1940er Jahren zu unverhofftem Wohlstand. Die Ölförderung sorgte für gewaltige Einnahmen, die allerdings extrem ungleich verteilt wurden. Als in den 1980er Jahren der Ölpreis sank und die internationalen Zinsen explodierten, geriet Venezuela wie die meisten lateinamerikanischen Staaten in die Schuldenfalle. Der Internationale Währungsfonds (IWF), jene Finanzorganisation, die der deutsche Bundespräsident Horst Köhler mehrere Jahre leitete, unterwarf die Staaten Lateinamerikas einem brutalen und für die Menschen verhängnisvollen Spardiktat: Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Öffnung der Märkte für europäische und US-amerikanische Firmen. Das Ergebnis war eine bis heute ungebremst anhaltende Verarmung der Bevölkerungsmehrheit.

Die Bewohner der venezolanischen Elendsviertel erhoben sich 1989 gegen das neoliberale Spardiktat. Sie strömten in die Innenstadt von Caracas und plünderten Geschäfte. Der damalige Präsident Carlos Andrés Pérez, übrigens ein Sozialdemokrat, setzte die Nationalgarde in Bewegung. Bei der Niederschlagung der Revolte wurden nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen zwischen 2000 und 5000 Menschen ermordet.

Die blutige Niederschlagung des Aufstands zog eine tiefe Krise des politischen Systems nach sich. Die Menschen fühlten sich von niemandem mehr repräsentiert: von den sozial- und christdemokratischen Regierungsparteien genauso wenig wie von Gewerkschaften, Medien oder den kleinen Linksparteien. So entstand eine neue, unabhängige Opposition von unten: Stadtteilorganisationen, Menschenrechtsgruppen, kulturelle Netzwerke etc. Und auch in den Reihen der Militärs gärte es. Soldaten und Offiziere aus einfachen Verhältnissen wollten nicht länger die Bluthunde der Eliten sein. Als es 1992 zwei Putschversuche von eher links eingestellten Militärs gab, wurde allen klar, dass es in Venezuela nicht weitergehen konnte wie bisher. Die beiden großen Parteien, die sozialdemokratische AD und die christdemokratische COPEI, zerfielen. Vor diesem Hintergrund

Hugo Chavez, Staatspräsident Venezuelas






gelang es Hugo Chávez, der nach seiner Haftentlassung ein breites linkes Bündnis aufgebaut hatte, 1998 völlig überraschend, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Chávez ist umstritten – der venezolanische Präsident ist berüchtigt wegen seiner stundenlangen Fernsehmonologe und seiner Selbstinszenierung als »Comandante der bolivarianischen Revolution«. Trotzdem können auch seine Gegner nicht leugnen, dass er im Unterschied zu anderen Staatschefs wichtige Veränderungen umgesetzt hat.

Intervention aus den USA und Europa

Neben den erwähnten Sozialreformen hat sich die Regierung Chávez v. a. darauf konzentriert, die Eigenständigkeit Venezuelas gegenüber den G-8-Staaten zu verteidigen. Das südamerikanische Land leistet Widerstand gegen die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds, weigert sich, das ALCA-Freihandelsabkommen in der von den USA gewünschten Form zu unterzeichnen, und hat begonnen, Großgrundbesitz – darunter auch Land europäischer Agrarkonzerne – an Kleinbauern zu verteilen. Diese Politik der Souveränität hat der Regierung Chávez im Ausland viel Feindschaft eingebracht.



Hugo Chavez in einer Seitenstraße in Venezuela

Die US-Regierung, aber auch europäische Einrichtungen (so z.B. die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung) unterstützen die rechte venezolanische Opposition massiv mit Finanzmitteln. Im Jahr 2002 gab es zwei Putschversuche, in die die Regierungen der USA und Spaniens involviert waren. Für Washington gilt Chávez mittlerweile gar als das »größte Sicherheitsrisiko der Region«.

Man kann sich vorstellen, welche »Sicherheit« damit gemeint ist: Die großen Ölkonzerne können in Venezuela nicht so frei agieren wie in anderen Staaten der Welt. Die venezolanischen Sozialreformen werfen die Frage auf, warum ein Land der sogenannten Dritten Welt sich steigende Sozialausgaben leisten kann, während sonst überall (zugunsten von Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen) »gespart« werden muss. Und schließlich gefährdet eine engere Zusammenarbeit von Ländern des Südens, wie sie von der Regierung Chávez forciert wird, auch die Machtstellung der G-8-Staaten.

Für alle, die den Kapitalismus nicht für das Ende der Geschichte halten, ist Venezuela eine interessante Lektion. Völlig unerwartet ist eine Gesellschaft, die vor zehn Jahren als unpolitisch galt und in der die Linke ein lächerliches Bild abgab, in Bewegung geraten. Die Chávez-Regierung hat anders als reformistische Regierungen, wie wir sie kennen, echte Veränderungen eingeleitet. Sie hat sich mit den Mächtigen im eigenen Land und international angelegt und wurde deshalb bei einem Putsch fast gestürzt. Doch anders als die Jospins, Lulas und Schröders, hat Chávez auf die aktive Unterstützung der Bevölkerung zählen können. Große Demonstrationen haben den Präsidenten gegen die Putschversuche verteidigt. Und dieser Prozess der Veränderung wird, wenn es nicht zu einer Militärintervention oder einem Mord am venezolanischen Präsidenten kommt, auch noch eine Weile weitergehen.

Raul Zelik

Widerstand in Lateinamerika

In vielen lateinamerikanischen Ländern regt sich massiver Widerstand gegen die neoliberale Umstrukturierungspolitik. In einigen Staaten sind als Ergebnis der Proteste Mitte-Links-Koalitionen an die Regierung gekommen, die allerdings die Hoffnungen oft nicht erfüllt haben. So gilt etwa der Präsident Brasiliens Lula als große Enttäuschung. Die sozialen Bewegungen in seinem Land werfen ihm vor, von seinen Wahlversprechen (»Null Hunger«-Programm, Landreform etc.) nicht viel umgesetzt zu haben. In Argentinien ist das Bild uneinheitlicher. 2001 hatten sich dort Hunderttausende unter dem Motto »Sie sollen alle gehen« (alle Politiker...) in Nachbarschaftsversammlungen oder Fabrikbesetzungen organisiert und die Regierung gestürzt. Seit der Linksliberale Néstor Kirchner 2003 die Präsidentschaftswahlen gewann, haben sich die Proteste gelegt. Sozial hat die Kirchner-Regierung nicht viel verändert, doch sie hat wichtige demokratische Reformen eingeleitet. In Uruguay haben die Sozialproteste ebenfalls zu einem Wahlsieg der Linken geführt. Dort ist seit Anfang 2005 der sozialistische Präsident Tabaré Vázquez im Amt, der als Vertreter einer konsequenten



Reformpolitik gilt. Massen-Proteste gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik gab es außerdem in den vergangenen vier Jahren immer wieder in Bolivien, Ecuador und Kolumbien. In Bolivien und Ecuador stürzten Demonstrationen und Generalstreiks gleich mehrere Regierungen. Und in Kolumbien schließlich kann die von den USA und Großbritannien massiv militärisch unterstützte Uribe-Regierung den sozialen und politischen Protest nur mit brutaler Repression unterdrücken. Regierungsnahe Todesschwadronen ermorden in dem Land jedes Jahr mehrere Tausend Oppositionelle.

Broschüre gegen EU herausgegeben
In Zusammenarbeit zwischen der Jugendgruppe »Aktion 19« aus Eichwalde bei Berlin und der »Antifaschistischen Linken Berlin« ist eine Broschüre zur kritischen Betrachtung der EU erschienen. In dem 28seitigen Heft gibt es Beiträge beider Gruppen zu den Themen Migration, Festung Europa und Repression sowie zur Militarisierung per EU-Verfassung von Tobias Pflüger. Das Heft wird kostenlos abgegeben und kann bei der »Aktion 19« (aktion19@web.de) bestellt werden.
◆ Ein kostenloses download gibt es bei www.antifa.de

Soundtrack zur sozialen Revolution
Die soziale Revolution steht vielleicht noch nicht auf der Tagesordnung, ein Soundrack ist aber schonmal gemacht. Die Berliner Ortsgruppe der anarcho-syndikalistische Gewerkschaft FAU produzierte eine Soli-CD für ihre Projekte.

Auf der CD befinden sich eine Live-Version von Billy Braggs »There ist Power in a Union«, ein eher unbekanntes Rio-Reiser-Stück bis hin zu den Berlinern Bruder & Kronstädta.
◆ Zu bestellen ist die CD für 10 Euro unter: www.fau.org/soundtrack

Der Antiberliner gibt ne Party
Der Antiberliner erscheint einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Darum gibt es Cocktails, hiphop und Latin Sound zur Finanzierung unserer Zeitung für alle, die nicht im Urlaub sind.
◆ 29. Juli, Trickster in der Oberbaumstraße 11

G8 in Schottland – the same procedure as every year

Vom 6. bis zum 8. Juli 2005 wird in dem kleinen idyllischen schottischen Ort Perthshire, ca. 60 km nördlich von Edinburgh, der nunmehr 30. Gipfel der mächtigsten Industrienationen stattfinden, der G-8-Gipfel.

G8, das sind die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien, Japan und seit 1997 auch Russland.

Die G-8-Mitgliedsstaaten repräsentieren die ökonomisch, militärisch und politisch mächtigsten Nationen der Erde. Weiterhin sind Vertreter der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Union (EU) und der Vereinenten Nationen (UNO) bei diesen Gipfeltreffen zugegen. Beim diesjährigen G-8-Gipfel wird es vor allem um Aspekte der Armut im Bezug auf Fragen von Schuldenerlass und Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder sowie um den gegenwärtigen Klimawandel gehen.

Was medial als humanitäre Besorgnis der Industrienationen dargestellt wird, entpuppt sich real als Abhängigkeitsverhältnis zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern. Die Strategie der G8 gegenüber Armut in den Entwicklungsländern besteht in der Liberalisierung der Märkte, im Abbau von Importbeschränkungen, in der Privatisierung von Industrie und Unternehmen, sowie Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank oder IWF. Durch das Umsetzen dieser Maßnahmen verfestigt sich jenes Abhängigkeitsverhältnis. Multinationales Kapital drückt die Preise der in den Entwicklungsländern produzierten Waren und senkt so wiederum das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung. Durch die Privatisierung von Wasser- oder Stromkonzernen werden die Preise erhöht und so die Versorgung der Bevölkerung kalkuliert verschlechtert.

Dass so das Problem der Armut nicht gelöst wird, ist zum einen real offensichtlich und zum anderen direkt mit der Organisation und den Verhältnissen, denen die G-8-Staaten unterliegen verknüpft. Die eigentliche Aufgabe der G8 ist die Reproduktion und Sicherung der sie selbst definierenden Verhältnisse sein. Es geht nicht um eine humanitäre Hilfe für die Ärmsten der Armen, sondern um Wertschöpfung und Maximierung und um die Konkurrenz darum. Es geht um die weltweite Manifestierung des Kapitalismus und um die Durchsetzung der damit verbundenen Konsequenzen. Die Entwicklungsländer stellen in erster Linie Lieferanten von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften dar, sie sind Absatzmarkt und zugleich Drohkulisse für Arbeitskräfte im eigenen Land…


Evening News
FREE FLOWERS WORTH £22
GIRLS WHO MAN THE LIFEBOAT
RIOT ALERT AS 200,000 TARGET CITY

In Schottlands Zeitungen weiß man schon wie der Gipfel endet

Ähnlich verhält es sich mit dem Klimawandel. Auch hier besteht kein echtes Interesse zu reagieren, obwohl das Problem selbstverschuldet ist. So weigern sich z.B. die USA bislang beharrlich, das bereits 1997 im japanischen Kyoto entworfene Protokoll zum Klima und Umweltschutz zu unterschreiben. Der Profit und die Konkurrenz der Unternehmen verhindern die Ratifizierung, mit der zumindest ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit im Punkte Klimawandel gesetzt worden wäre…

»Sachzwänge« definieren den Entscheidungshorizont. Darüber kann auch kein teilweiser Schuldenerlass oder ähnliche Maßnahmen, wie sie in jüngster Zeit für 18 der ärmsten Entwicklungsländer beschlossen wurden, hinwegtäuschen. Bei einer Gesamtschuldenlast von über 2.000 Milliarden Dollar sind 50 Milliarden nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, und selbst diese sind fest mit den wirtschaftlichen Vorstellungen der G8 Staaten wie Liberalisierung der Märkte etc. verbunden. Bestenfalls kann so etwas an der Oberfläche, jedoch nicht an der Ursache selbst geändert werden.


Gleneagels Hotel in Perthshire – dort findet der G8-Gipfel statt

Die Proteste

Gegen Gipfeltreffen dieser Art und deren Auswirkungen regt sich seit Mitte der neunziger Jahre ein breiter politischer Widerstand, welcher unter den Sammelbegriff »Antiglobalisierungsbewegung« subsumiert wird. Auch in Gleneagles werden mehrere zehntausend Gegendemonstranten und ein massives Polizeiaufgebot erwartet. Da Großbritannien nicht den Schengen-Staaten angehört, muss mit verstärkten Grenzkontrollen und Zurückweisung missliebiger Personengruppen gerechnet werden. Mehr Informationen rund um den G-8-Gipfel in Schottland findet ihr unter

◆ infos: www.g8-info.de

Der erste Deutsche, der richtig Welle schiebt

Fler spaltet die Feuilletons und eint die deutsche Jugend



Fler, die »Dicke Kartoffel«

Popmusik als Kultur für die Massen war lange Zeit eine eher unpolitische, glattgebügelte Angelegenheit, sieht man von einigen Emporkömmlingen aus den Tiefen der Subkulturen einmal ab. Politische Statements oder Analysen zu meiden war lange Zeit eine eiserne Regel, wollte man Erfolg haben und nicht sein Leben in eben diesen Subkulturen fristen. Lediglich ein paar politische Statements, massenkompatibel versteht sich, durften sich zwischen den Zeilen über Liebe, Einsamkeit und Partys ab und zu tummeln. So wurden Themen wie Fremdenfeindlichkeit, der Hunger in der sogenannten Dritten Welt oder auch mal Religionskritik thematisiert. Doch was wird aus dieser eisernen Regel, wenn sich die Begehrlichkeiten der Massen ändern und dem Volk plötzlich nach Politik ist? Na, dann ändert sich auch die Popmusik. So waren es vor einiger Zeit Mia, die mit nationalistischen Statements ein neues Deutschlandbild beschwören wollten. Oder Hunderte von deutschen Künstlern, die sich mit einer absolut realitätsfremden Argumentation für eine Radioquote für deutsche Popmusik einsetzten. Natürlich blieben derartige Argumentationen nicht unwidersprochen und leise wurde Kritik laut. Doch wie soll die Kritik einiger Linken Besserwisser im Mainstream ankommen, wenn sie nichtmal Gehör fand, als HipHop noch Subkultur war und und Homophobie in dieser Kultur zum Status Quo wurden. Umso erstaunlicher daher die aktuelle Feuilleton-Schlacht um den Berliner Rapper Fler. Fler setzt auf seiner CD »Neue Deutsche Welle« an der Argumentation um die Deutschquote an und präsentiert sich folgerichtig als einziger deutscher Rapper in einer von Migranten beherrschten Kultur. Ähnlich wie bei anderen rassistischen Argumentationen spielt auch hier der Wahrheitsgehalt dieser Grundannahme keine Rolle; vielmehr geht es darum, von dieser Grundannahme möglichst schlüssige Reaktionen und Lösungsansätze abzuleiten. So auch Fler: Statt auf seine Herkunft zu scheissen, geriert er sich als Bürgerwehr gegen angloamerikanischen Einheitsbrei und migrantischen Unterschichten-HipHop gleichermaßen. Paradox? Nein! Man muss es nur richtig Vermarkten können. So wurden für den Titeltrack diverse deutschnationale Parolen aneinandergereit und auf ein Sample aus Falcos »Amadeus« gerappt. Konsequent wird Falco als der Urtyp des deutschen Rappers verkauft. Garniert mit Zeilen wie »Schwarz, rot, gold. Hart und Stolz« und dem Reichsadler als Halskette wird der neuen deutschen Mittelschicht scheinbar aus der Seele gesprochen. Und die Feuilletons? Hier wird sich ebenso wie in der Bravo und auf VIVA darum gestritten ob Fler nun Nazirap sei oder nicht. Diese Frage zeugt jedoch eher von einem Missverständnis gegenüber Popkultur als von politischer Weitsicht. Für die Kids ist es völlig belanglos, was Flers Intention für derartige Parolen ist. Sie finden sich darin wieder und rezipieren sie ganz individuell. Je nach Sozialisation oder Umfeld werden Flers Statements irgendwo zwischen Satire und Argumentationshilfe eingeordnet. Angebrachter scheint daher doch wohl die Frage nach genau dieser Rezeption und nicht nach der belanglosen Intention eines Fler. Diese Frage stellt aber kaum einer, und so kommt kein Feuilleton drumherum, nicht doch noch mal schnell einen O-Ton von Fler einzufangen und ihn alles ins rechte Licht rücken zu lassen. Ins rechte Licht einer Feuilleton-Leserschaft, die sich wahrscheinlich eh lieber wieder über die Benachteiligung deutscher Künstler in der Radiolandschaft und die geeignetste Verpackung der Parole »Ich bin stolz, Deutscher zu sein« unterhalten würde. Ab und an würde dann noch festgestellt, dass mit diesem Land im allgemeinen und der Jugend im speziellen sowieso alles den Bach runtergeht. Dann kommt vielleicht wieder die Zeit für Konzerte gegen Hass und Gewalt, bei denen sich ein richtig verstandener Fler als Headliner natürlich geradezu aufdrängen würde. Nur wie versteht man Popmusik richtig? – Darüber stimmt immer noch die Masse ab.

Falco Schuhmann

Neonazis in Wunsiedel

Nazis aller Couleur huldigen seit 17 Jahren dem Hitlerstellvertreter Rudolf Hess

Am 20. August dieses Jahres werden mehrere tausend Nazis zum sog. »Hess-Gedenkmarsch« im bayrischen Wunsiedel erwartet. Der Todestag des Naziverbrechers Rudolf Hess, der in Wunsiedel begraben liegt, bietet Nazis die Möglichkeit, offen ihre Sympathie mit dem Nationalsozialismus zu propagieren. Dies führt dazu, dass die sonst zersplitterte Naziszene hier »Einigkeit« demonstriert. In den letzten Jahren folgten bis zu 5.000 Neonazis nicht nur aus Europa dem Aufruf deutscher Neonazis.

Die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« ruft dieses Jahr zu einem antifaschistischen Aktionstag nach Wunsiedel auf.

◆ Infos: www.ns-verherrlichung-stoppen.tk und www.antifa-freiburg.de

Antifa will Nazis in Hamburg verhindern

Am 30. Juli 2005 wollen Neonazis um das »Aktionsbüro Norddeutschland« durch die Hamburger Innenstadt marschieren. Mit einem geschichtsrevisionistischem Motto zu den alliierten Luftangriffen versuchen sie, anhand der Bombardierung Hamburgs im 2. Weltkrieg, die Geschichte umzudeuten. Das wollen Gruppen, wie Antifa Infopool Hamburg verhindern, und möchten damit an die letzten Erfolge antifaschistischer Mobilisierung im Norden anknüpfen

◆ Infos unter: www.antifainfo.de

Tag der Erinnerung und Mahnung 2005

Am Sonntag, den 11. September 2005 findet in Berlin der alljährliche Tag der Mahnung statt. Vor dem Marx-Engels-Forum, neben dem Roten Rathaus, wird zwischen 13 bis 18 Uhr in Diskussionsrunden und Veranstaltungen über die richtige Strategie im Kampf gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg gestritten.

Darüberhinaus gibt es über 100 Infostände, Ausstellungen, einen Buchbasar, ein Kinderfest sowie ein umfangreiches Musik- und Kulturprogramm.

◆ Infos: www.tag-der-mahnung.de

»who is who?« – Nazis in Berlin

Anfang 2005 wurden drei Berliner Kameradschaften verboten. Die Akteure sind jedoch weiterhin aktiv und agieren agressiver. Die Homepage www.antifa.de dokumentiert nun Bilder der Neonaziaktivisten.

Reisetips 2005
Fusion Festival: (30.6.-3.7.) Gigantisches Festival mit Anne Clark, Culcha Candela, von spar, DJ Spice, Vazik und vielen anderen
◆ www.fuison-festival.de
Mondiali Antirazzisti: (6.-10.7.) Internationales antirassistisches Fussballturnier in der Reggio Emilia (Italien). Veranstaltung mit Partisanen, Konzerte u.a. mit ZSK, Banda Bassotti
◆ www.mondialiantirazzisti.org
Rebrot Festival: (8.-10.7.) Größtes linkes Musikfestival in Berga/Katalonien mit Bands wie Obrint Pas, Pirat's Sound Sistema, Banda Bassotti, Sagarroi.
◆ www.propagandapelfet.com/Portal/agenda.asp
Left Kick: (16.-17.7.) Linkes Fussballturnier in Gieboldehausen bei Göttingen ausgerichtet durch die Matchwinner des vergangenen Jahres
◆ www.lokeichsfeld.de
No border camp: (21.7.-27.7.) Antirassistisches Camp in Frassanito (Italien) mit Veranstaltungen und Aktionen rund um die Thematik Antirassismus und Migration
◆ www.meltingpot.org/artbreve1000.html
Festa de Radios Onda d'urto: Linkes Festival in Brescia (Italien) für unabhängige Radios mit Konzerten, Diskussionen, Ausstellungen, Kino und Camping
◆ www.radiondadurto.org
Weltjugendfestspiele: (7.-15.8.) 15.000 junge Delegierte aus 109 Ländern treffen sich zum Diskutieren und Feiern in Caracas (Venezuela)
◆ www.weltfestspiele.de

»Es liegt was in der Luft, ein ganz besonderer... «



Für Passagiere soll schon der Flug zum Urlaub werden – außer für Arbeitslose, Grüne und Homosexuelle

Air Berlin – eine Fluggesellschaft programmiert den Flux-Generator auf Vergangenheit.

Sommerzeit, Reisezeit. Noch vor einigen Jahren hieß es: »So weit? Nein, das ist viel zu teuer! Statt dessen könnten wir doch mal für ein Wochenende an die Ostsee...«. Solche Argumente sind passé. Schließlich gibt es Billigflieger, die Reisehungrige für den Preis zweier Punk-Rock-T-Shirts in ferne Sommerdomizile verfrachten.

Die Fluggesellschaften geben sich weltoffen, ja kosmopolitisch. In Kopie klingender Namen wie Air Swiss oder France Air, versucht auch Air Berlin etwas vom Glanz der großen weiten Welt zu erhaschen.

Elend krepiert dieser Versuch bereits auf Seite 3 des Bordmagazins. Dort, wo es sich der Chef nicht nehmen lässt, noch selbst zu schreiben! Der Chef, das ist Joachim Hunold – geschäftsführender Gesellschafter von Air Berlin. Unter Verwendung des Editorials zwingt er seine lesenden Fluggäste, an seiner bizarren Gedankenwelt teilzuhaben.

In der aktuellen Ausgabe 2/2005 holt Hunold unter dem Titel »Arbeitsbeschaffung paradox« zum ganz großen Rundumschlag gegen alles aus, was dem rechtsgerichteten neoliberalen Unternehmer nicht passt: Arbeitslose, Grüne, Homosexuelle, Multi-Kulti... So klagt er, dass man mit Inkrafttreten des Gesetzes einen Bewerber bei einem Einstellungsgespräch nicht mehr ablehnen könne, weil er homosexuell sei.

Weiter schwadroniert er: Wenn »dem Personalchef eine tief dekolletierte Kandidatin gegenübersitzt und sein Blick sich einmal in ihrem Ausschnitt verfängt, darf sie eine künftige sexuelle Belästigung vermuten.«

Hunold schließt mit den Worten: »Und das alles, weil die Grünen wieder mal im Multi-Kulti-Rausch sind.«

Dass die Einstellung eines deutschen Konzernchefs konservativ bis rechtsextrem ist, dürfte niemanden überraschen. Dass er einem breiten Publikum aber enthemmt Einblicke in sein so geartetes Gedankengut gewährt, schon. Noch schlimmer wird es allerdings, wenn sich dieses Gedankengut in der Firmenphilosophie niederschlägt und sich auch auf die Arbeitsbedingungen des Konzerns auswirkt, so wie es bei Air Berlin der Fall ist.

Meine Ilse K.: Tatort Hellersdorf

